

Wochenbericht

Integration von Migranten: Ethnische Identität bestimmt ökonomischen Erfolg

Seite 644

Im kulturspezifischen Humankapital von Migranten steckt ein großes wirtschaftliches Potential. Aber Integrationswille wird bereits bei der Einwanderung mitgebracht und nicht erst hier erworben. Dies muss in der Zuwanderungspolitik berücksichtigt werden.

von Amelie F. Constant, Klaus F. Zimmermann

Hoch qualifizierte Zuwanderer brauchen Integrationsangebote

Seite 645

Sieben Fragen an Klaus F. Zimmermann

Deutsche allein zu Haus: Wandel der Lebensformen prägt die Haushaltsentwicklung

Seite 651

Singlehaushalte bilden schon jetzt die Mehrheit. Ihre Bedeutung wird weiter zunehmen. Familien mit Kindern werden zur Ausnahme. Aber vor allem Haushalte Hochbetagter benötigen die Umgestaltung von Wohnanlagen, Verkehrs- und Dienstleistungsangeboten.

von Erika Schulz

Rescuing our jobs and savings

Seite 660

Dokumentation

DIW-Konjunkturbarometer Oktober 2008

Seite 665

Wachstum im vierten Quartal: Wirtschaft fasst langsam wieder Tritt

Konjunkturprognostiker unter Panik

Seite 666

Kommentar von Klaus F. Zimmermann

Integration von Migranten: Ethnische Identität bestimmt ökonomischen Erfolg

Amelie F. Constant
constant@diwdc.org

Klaus F. Zimmermann
president@diw.de

Ethnische Vielfalt ist eine Quelle für ökonomische Vorteile, die sich Migranten und ihre Aufnahmeländer zunutze machen können. Insbesondere der Grad an Bindung oder Identifikation mit dem Aufnahme- und Herkunftsland determiniert den ökonomischen Erfolg von Zuwanderern. Grundlage eines solchen Verständnisses kann ein multidimensionales Verhältnis zum Heimat- und Aufnahmeland sein. Es zeigt sich, dass ethnische Identitäten stark von den mitgebrachten Erfahrungen aus dem Heimatland und weniger von den Bestimmungsfaktoren des Aufnahmelandes geprägt werden. Doppelstaatliche ethnische Identitäten sind kein Hindernis, sondern – insbesondere bei Frauen – ein Garant für ökonomischen Erfolg. Daher sollte eine vorausschauende Zuwanderungs- und Integrationspolitik die Wirkungsfaktoren von ethnischen Identitäten berücksichtigen, um auf diesem Weg gleichberechtigte Integration und ethnische Vielfalt zu ermöglichen und schließlich die Kreativität und Dynamik von Gesellschaften zu erhöhen.

Lokale Arbeitsmärkte in Europa weisen vielfach ein Überangebot an gering qualifizierten Arbeitskräften auf, während es an qualifizierten Arbeitskräften oftmals mangelt. Hinzu kommt ein beschleunigtes Schrumpfen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und damit ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Einige Staaten Westeuropas haben hierauf schrittweise mit einer Reform ihrer Zuwanderungsgesetzgebung reagiert. Doch obwohl inzwischen sukzessive mehr ökonomische Kriterien Einzug in die nationalen Zuwanderungspolitiken halten und auch auf der Ebene der Europäischen Union Initiativen zu einer stärker arbeitsmarktorientierten Migrationspolitik unternommen werden, kann die wachsende Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften zusehends weniger erfolgreich gedeckt werden. Gleichzeitig arbeiten Immigranten allzu oft im Niedriglohnbereich – häufig ungeachtet ihrer eigentlich höheren Qualifikation – oder sind arbeitslos gemeldet. Hierdurch verschärfen sich die bereits durch einheimische gering qualifizierte gegebenen Probleme.

Dass viele Migranten über ein ausgeprägtes kulturspezifisches Humankapital verfügen, das in einer zunehmend global vernetzten, arbeitsteiligen Gesellschaft von hohem Wert sein kann, wird von den aufnehmenden Ländern bislang weitgehend ignoriert. Ebenso wird die Rolle der ethnischen Identität in Bezug auf den Arbeitsmarkterfolg von Immigranten bislang unterschätzt. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie, inwiefern die ethnische Identität die ökonomische Integration und damit die Arbeitseinkommen sowie die Erwerbsbeteiligung determinieren.¹

¹ Zu dieser Fragestellung finden im Rahmen der Metropolis-Tagung, bei der sich Migrationsexperten aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft aus aller Welt jährlich zu einem breiten gesellschaftlichen Diskurs treffen, diesmal vom 27. – 31. 10. 2008 in Bonn, zahlreiche Sitzungen statt. Darüber hinaus leiten die beiden Autoren gemeinsam ein von der Volkswagen Stiftung gefördertes Forschungsprojekt zum Thema „The Economics and Persistence of Migrant Ethnicity“, der sie für die gewährte Unterstützung danken.

Sieben Fragen an Klaus F. Zimmermann

Hoch qualifizierte Zuwanderer brauchen Integrationsangebote

Herr Prof. Zimmermann, wovon hängt ab, ob ein Migrant am deutschen Arbeitsmarkt Erfolg hat?

Es wird häufig vermutet, dass die ökonomische Integration, also Beschäftigung, Verdienst und Kontakt am Arbeitsplatz, zu einer besseren gesellschaftlichen und kulturellen Integration führt. Aber genau das findet nicht statt. Die ethnischen Identifikationen werden häufig von kulturellen Erfahrungen im Heimatland geprägt und führen zu einer Nichtintegration in das ökonomische System. Die Wahrscheinlichkeit Arbeit zu finden, leidet darunter.

Zum einen fehlen in Deutschland gut ausgebildete Fachkräfte, zum anderen sind zu viele Menschen ohne Arbeit. Würde eine vermehrte Zuwanderung dieses Problem ver- oder entschärfen?

Wenn wir Zuwanderung zulassen, ohne Angebote auf Integration zu bieten, können wir keine Fortschritte erzielen, hoch Qualifizierte in den Arbeitsmarkt zu bekommen. Wir brauchen sie, weil sie uns einerseits fehlen und zum anderen dazu beitragen, dass auch Einheimische mit niedriger Qualifikation in Arbeit kommen. Weltweit haben wir einen massiven Fachkräftemangel und insofern ist es sehr wichtig, durch Integration Menschen dauerhaft an uns zu binden.

An welchen Kriterien sollte sich die Migrationspolitik orientieren?

Es muss ein Kanal für arbeitsmarkt begründete Zuwanderung geschaffen werden, denn die meiste Zuwanderung findet bisher aus politischen oder aus Gründen der Familienzusammenführung statt. Zum anderen sollte man die Werbung in Ländern verstärken, zu denen wir traditionell gute Beziehungen haben. Zuwanderer aus der Türkei sind für uns interessant, weil es dort sehr viele gut qualifizierte Migranten gibt, die dann eben doch leider in die USA gehen, wenn es drauf ankommt.

Bedeutet arbeitsmarkt-begründete Zuwanderung, dass schlecht qualifizierte Zuwanderer draußen bleiben sollten?

Was schlecht qualifiziert ist, ist eine relative Frage. Andererseits muss man im Zweifel auch selektieren, um in dieser Arbeitsmarktdiskussion erfolgreich bestehen zu können.

Brauchen wir ein neues Zuwanderungsgesetz in Deutschland?

Wir brauchen kein neues Zuwanderungsgesetz, das vorhandene Gesetz muss ausgebaut werden. Ursprünglich enthielt es Vorschläge, für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, mit dem man Menschen, die langfristig bleiben wollen, auswählen könnte. Das ist im Gesetzgebungsverfahren herausgenommen worden. Insoweit haben wir nur ein rohes Gerüst, wir müssen noch einige Bausteine ergänzen.

„Es muss einen Kanal für arbeitsmarkt-begründete Zuwanderung geben.“

Es wird viel über den deutschen Einbürgerungstest diskutiert. Halten Sie diesen Test für geeignet?

Ein Einbürgerungstest ist ein sinnvolles Instrument. Die USA haben solche Tests immer gehabt und gerade wieder einen neuen vorgelegt. Er gibt das Signal, dass man sich um die Staatsbürgerschaft bemühen muss, dass man eine Anstrengung bringen muss. Insoweit ist das, bei aller Detailkritik, der richtige Weg.

Viele sagen, der multikulturelle Ansatz in Deutschland sei gescheitert. Ist das so?

Ich glaube, man muss „multikulturell“ neu definieren. Es ist so verstanden worden, dass jeder bunt und nebeneinander existieren und nicht aufeinander eingehen soll. Das funktioniert nicht. Das wäre die organisierte Separierung und mit dem Konzept der Integration nicht zu vereinbaren. Es geht darum, in beide Kulturen einzutauchen, und das gilt nicht nur für die Zuwanderer, das gilt auch für die Einheimischen. Auch die müssen sich öffnen und dazulernen.



Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Präsident des DIW Berlin

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de

Ethnische Vielfalt birgt ökonomisches Potential

Wiederholt haben Studien gezeigt, dass die durchschnittliche Arbeitsmarktperformance von Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund hinter derjenigen von Einheimischen zurückbleibt. Die mangelnde Übereinstimmung des Humankapitalangebotes von Immigranten mit der Nachfrage der Arbeitgeber ist zweifellos ein Grund für diese unvorteilhafte Ausgangslage. Oftmals entspricht die Ausbildung der Immigranten aus Drittstaaten nicht den Anforderungen der inländischen Arbeitgeber, oder es mangelt nach wie vor an entsprechenden Zertifizierungen. Aber auch gut Ausgebildeten fehlt nicht selten das notwendige länderspezifische Human- und Sozialkapital einschließlich guter Sprachkenntnisse, das für den Arbeitsmarkterfolg entscheidend sein kann. Gleichzeitig vermitteln die zuwandererspezifischen Marktsegmente, in denen Immigranten aufgrund ihrer kulturellen Erfahrungen und Sprachkompetenzen bessere Beschäftigungschancen haben, durchweg ein deutlich niedrigeres Einkommen und geringe Aufstiegschancen.

Dabei besitzen Immigranten, abhängig von ihrem Ursprungsland, zweifelsohne spezielle Fähigkeiten über die Einheimische nicht verfügen. Wenn beide Gruppen komplementär zueinander sind, ergibt sich eine Situation, von der Wirtschaft und Gesellschaft zugunsten eines größeren Wohlstandes insgesamt profitieren. In ethnisch spezialisierten Marktsegmenten werden Immigranten als Träger des „passgenauen“ Humankapitals ohnehin einen potenziellen Vorteil gegenüber Einheimischen aufweisen. Entsprechend scheint ethnische Diversität das Wachstum einer Wirtschaft eher zu erhöhen, als dass dadurch negative Folgen entstehen dürften. Der Prozess der Anpassung und Integration, den Immigranten durchlaufen, und damit die ethnische Identität, sind hierbei von zentraler Bedeutung.

Ethnische Identität

Ethnische Identität wird als der Grad an Bindung oder Identifikation mit dem Aufnahme- und dem Herkunftsland verstanden. Mit dem Eintreffen im Aufnahmeland kann die ethnische Identifikation eines Immigranten als eine Bewegung auf einer Ebene zwischen zwei Achsen charakterisiert werden, die das Ausmaß der Bindung an Aufnahme- und Heimatland anzeigen. Im Extremfall wird dabei die ursprüngliche Identität ganz aufgegeben oder die Identifikation mit der neuen Heimat bleibt vollständig aus. Dazwischen

sind verschiedene „Aggregatzustände“ der Identitätsfindung denkbar, je nachdem wie stark das individuelle Zugehörigkeitsempfinden zu beiden Kulturen ausgeprägt ist.

Vier Identitätszustände lassen sich unterscheiden:

- Assimilation – starke Identifikation mit Kultur und Gesellschaft des Aufnahmelandes bei nur noch schwacher Identifikation mit dem Herkunftsland;
- Integration – starke Verbundenheit mit dem Herkunftsland, gleichzeitig aber auch starke Bindung an das Aufnahmeland;
- Separierung – Identifikation ausschließlich mit der Ursprungskultur auch nach Jahren der Emigration;
- Marginalisierung – kein Zugehörigkeitsgefühl, weder zur Kultur des Aufnahmelandes noch zu derjenigen des Herkunftslandes.²

Der Status der ethnischen Eigenidentität eines Immigranten zu einem bestimmten Zeitpunkt gibt Aufschluss darüber, ob er oder sie mit einer oder mehreren Gesellschaften, deren Kultur und Traditionen vertraut ist, also das jeweilige kulturspezifische Humankapital besitzt. Assimilation beschreibt einen Zustand, in dem die Sprache des Aufnahmelandes gesprochen wird, ausreichender Kontakt zu Einheimischen besteht und die entsprechenden Gebräuche und Kommunikationsweisen vertraut sind. Gleichzeitig wäre anzunehmen, dass die Betroffenen kaum noch kulturspezifisches Humankapital ihres Herkunftslandes aufweisen, während im Falle von Separation das Gegenteil der Fall ist. Integration bedeutet den Besitz beiderlei kulturspezifischen Humankapitals, Marginalisierung geht einher mit dessen weitgehendem Verlust.

Die analytische Bewertung von ethnischer Identität sowie ihres Einflusses auf den Integrations- und wirtschaftlichen Erfolg eines Zuwanderers im Aufnahmeland begegnet besonderen Schwierigkeiten: Unterschiedliche kulturelle Einflüsse auf diese Identität sind sehr wahrscheinlich, und eine exakte Trennungslinie zwischen den verschiedenen Elementen der ethnischen Identität kann kaum gefunden werden. Es wird daher ein Analyserahmen benötigt, der die Fortdauer oder das Verschwinden von Ethnizität bezogen auf den Erfolg oder Misserfolg der Immigranten in der Wirtschaft und Gesellschaft zu erklären vermag.

² Natürlich können in ähnlicher Weise auch Einheimische einen Prozess der Neufindung der eigenen ethnischen Identität durchlaufen, wenn sie mit anderen Kulturen im In- und Ausland konfrontiert sind.

Mit einem multidimensionalen Konzept von ethnischer Identität, dem so genannten „Ethnosizer“, kann der Wert des kulturspezifischen Humankapitals eines Zuwanderers gemessen werden. Der Ethnosizer ist ein Instrument zur Messung der Intensität der ethnischen Identität einer Person, wobei die Elemente Sprache, Kultur, soziale Interaktion sowie ethnisches Netzwerk, Migrationsgeschichte und schließlich ethnische Selbstidentifizierung des Individuums vereint werden.³ Die Forschungsergebnisse auf der Grundlage dieses Messinstruments sind solider als bisherige Analysen auf Basis von direkten Befragungen. Sie decken auf, dass ethnische Identitäten primär exogener Natur sind, stark nach Herkunftsland und Geschlecht variieren und sich unabhängig von dem sozialen und kulturellen Prozess im Aufnahmeland bereits vor der Migration herausgebildet haben.

Migranten in Deutschland und der Ethnosizer

Unter den Zuwanderern in Deutschland gilt seit der Gastarbeiterphase der 60er Jahre den damaligen Hauptanwerbenationen Türkei, Jugoslawien, Griechenland, Italien und Spanien ein besonderes Interesse. Sie sind auch im Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP) des DIW Berlin prominent abgebildet. Da das SOEP ermöglicht, die ethnische Identität der Zuwanderer in einzigartiger Weise zu erfassen, konzentriert sich diese Untersuchung auf diese Migrantengruppen. Da die zentralen Fragen in den letzten Jahren nicht mehr vollständig abgebildet worden sind, basiert die Analyse auf dem Jahr 2001. Man kann allerdings von stabilen Befunden ausgehen, da Veränderungen der Identitäten nur sehr langsam erfolgen.

Die betrachteten ethnischen Gruppen umfassen gut 50 Prozent der Ausländer in Deutschland (Tabelle 1). Die Gruppe der Türken war mit 25 Prozent und 1,7 Millionen Menschen Ende 2007 die mit Abstand stärkste Nationalität, gefolgt von Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien (14 Prozent), aus Italien (acht Prozent), aus Griechenland (vier Prozent) und Spanien (zwei Prozent). Im Vergleich zu 2001 haben sich die Anteile kaum verändert. Das SOEP hat eine andere Gewichtung als das Statistische Bundesamt, die zu größeren und damit besser gruppenspezifisch auswertbaren Stichproben führt. Außerdem wurden nur Migranten der ersten Generation berücksichtigt,

so dass der in dieser Studie verwendete Datensatz von der amtlichen Statistik abweicht.

Gemäß dem Messkonzept des Ethnosizers werden Befragungsdaten für jedes Individuum für fünf Elemente herangezogen, um wiederholte Messungen für seine ethnische Klassifikation zu haben:

- 1 Sprache (die Selbsteinschätzung über das Reden und Schreiben in Deutsch und der Muttersprache),
- 2 Kultur (die benutzten Medien aus Deutschland und dem Heimatland),
- 3 soziale Interaktion und ethnisches Netzwerk (die ethnische Struktur der Freunde und der Verwandtschaft),
- 4 Migrationsgeschichte (die Absicht, ins Heimatland zurückzukehren und/oder die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen) und
- 5 ethnische Selbstidentifizierung des Individuums (als deutsch und/oder der Heimat verbunden).

In jedem dieser Elemente wird jedes Individuum einem der vier Identitätszustände (Integration, Assimilation, Separierung, Marginalisierung) zugewiesen. Aufgrund der fünf Beobachtungen können die entsprechenden Regimevariablen eine Ausprägung von 0 bis 5 haben, wobei sich die Variablen zu fünf summieren.

Tabelle 2 enthält die Verteilung der Regimevariablen für den gesamten Datensatz. Sie dokumentiert, dass bei den Individuen nur eine schwache Zuordnung zu einzelnen Regimen vorliegt. Es ist deshalb umso problematischer, sich bei der Klassifikation nur auf einen Indikator (beispielsweise die Selbsteinschätzung) zu verlassen, wie dies bisher in der Literatur gemacht wird. Üblicherweise wird unterstellt, dass Integration und Assimilation mit längerer Verweildauer im

Tabelle 1

Ausländer in Deutschland

	Statistisches Bundesamt				SOEP ¹
	31.12.2007		31.12.2001		2001
	Personen	Prozent	Personen	Prozent	Prozent
Türken	1 713 551	25,41	1 947 938	26,62	34,8
Ehemalige Jugoslawen	937 762	13,90	1 085 765	14,84	18,2
Griechen	294 891	4,37	362 708	4,96	8,5
Italiener	528 318	7,83	616 282	8,42	15,3
Spanier	106 301	1,58	128 713	1,76	3,6
Andere	3 164 056	46,91	3 177 222	43,41	19,6
Insgesamt	6 744 879	100	7 318 628	100	100

¹ Nur Einwanderergeneration.

Quellen: Statistisches Bundesamt; SOEP.

³ Vgl. Constant, A. F., Gataullina, L., Zimmermann, K. F.: Ethnosizing Immigrants. Mimeo 2008, erscheint im Journal of Economic Behavior and Organization.

Tabelle 2

Verteilung der Migranten auf die Identitätszustände

In Prozent

Identitätszustände	Anzahl der Indikatoren im Regime					
	0 ¹	1	2	3	4	5
Integration	27,36	34,79	23,14	9,43	1,21	–
Assimilation	34,86	32,79	17,21	8,43	2,14	0,50
Separierung	19,14	22,64	22,29	17,71	11,57	2,57
Marginalisierung	39,57	36,00	15,21	4,64	0,50	–

¹ Nicht im Regime.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Tabelle 3

Aufenthaltsdauer und ethnische Identität¹

	Integration	Assimilation	Separierung	Marginalisierung
Konstante	1,04*	0,8*	2,48*	0,67*
Dauer	0,01	0,06*	–0,11*	0,03
Dauer (quadratisch)	–0,2 * 10 ⁻³	–3 * 10 ^{-3*}	5 * 10 ^{-3*}	–2 * 10 ⁻³
Dauer (kubisch)	–4 * 10 ⁻⁶	40 * 10 ^{-6*}	–70 * 10 ^{-6*}	30 * 10 ⁻⁶

¹ Regressionsanalysen. Dauer in Jahren nach der Einwanderung.

* Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 5 Prozent.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Land zunehmen, und Separierung und Marginalisierung abnehmen. Das trifft, wie Tabelle 3 im Rahmen einer einfachen Regressionsanalyse feststellt, zwar auf Assimilation und Separierung, aber nicht auf Integration und Marginalisierung zu.

Tabelle 4 erfasst nun den Ethnosizer (Integration, Assimilation, Separierung, Marginalisierung) im arithmetischen Mittel der vier Regime nach Ge-

Tabelle 4

Ethnische Identität nach Nationalität, Religion und GeschlechtArithmetisches Mittel¹

	Integration	Assimilation	Separierung	Marginalisierung
Insgesamt	1,191	1,080	1,871	0,859
Frauen	1,151	1,030	1,918	0,901
Männer	1,229	1,127	1,827	0,818
Nationalität				
Türken	1,032	0,779	2,293	0,896
Ehemalige Jugoslawen	1,219	1,107	1,756	0,917
Griechen	1,121	0,897	2,069	0,914
Italiener	1,163	1,077	1,894	0,865
Spanier	1,388	1,122	1,776	0,714
Andere	1,471	1,681	1,117	0,732
Religion				
Katholiken	1,245	1,295	1,634	0,826
Sonstige Christen	1,255	1,119	1,761	0,864
Muslime	0,929	0,862	2,262	0,946
Sonstige Religionen	1,538	1,138	1,538	0,788
Nichtreligiöse	1,585	1,169	1,518	0,728

¹ Ergebnisse des Ethnosizer zwischen 0 und 5.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

sambild, Geschlecht, Nationalität und Religion. Frauen sind weniger integriert und assimiliert, dafür mehr separiert und marginalisiert als Männer. Türken zeigen in allen Regimen die stärkste Identifikation mit der Kultur des Heimatlandes und die geringste Affinität zu Deutschland. Dagegen haben Spanier die größte Nähe zur deutschen Ethnizität. Sie rangieren am höchsten unter allen Gruppen bei der Integration und der Assimilation und am niedrigsten bei der Separierung und der Marginalisierung. Die anderen ethnischen Gruppen positionieren sich dazwischen. Es zeigt sich, dass die Muslime ein den Türken ähnliches und die Katholiken ein den Spaniern ähnliches Integrationsmuster aufweisen. Dies ist aufgrund der großen Überlappungen zwischen diesen jeweiligen Gruppen wenig überraschend. So sind Muslime genauso stark separiert wie Türken, aber etwas stärker assimiliert und wesentlich weniger integriert. Katholiken weisen hingegen eine stärker Integration und Assimilation auf als Muslime.

Die Zusammenhänge zwischen ethnischer Identität und den Arbeitseinkommen (Tabelle 5) sowie der Erwerbsbeteiligung (Tabelle 6) sind ebenfalls geschlechtsspezifisch sowie nach nationalen Bindungen und religiösen Einstellungen dargestellt. Die Einkommen sind insgesamt unter Integration und Assimilation höher als bei Separierung und Marginalisierung. Die Unterschiede sind auf dieser hohen Aggregationsebene nicht sehr groß. Ferner fällt auf, dass es keine wesentlichen Unterschiede zwischen Integration und Assimilation und zwischen Separierung und Marginalisierung gibt. Gleiches zeigt sich bei der Erwerbsbeteiligung, nur dass hier der Unterschied zwischen Integration und Assimilation auf der einen Seite und Separierung und Marginalisierung auf der anderen ganz erheblich ist. Die vorgenannten beiden Regime kennzeichnet eine erheblich höhere Erwerbsbeteiligung (weit über 60 Prozent) als die beiden zuletzt genannten (weit unter 50 Prozent).

Es lassen sich auch interessante geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen, die über die Standardergebnisse, dass Frauen weniger erwerbsbeteiligt sind als Männer (43 gegenüber 67 Prozent) und weniger verdienen (1 351 Euro gegenüber 2 454 Euro), hinausgehen. Zwar gibt es bei der Erwerbsbeteiligung wieder keine wesentlichen Unterschiede zwischen Integration und Assimilation und zwischen Separierung und Marginalisierung, aber integrierte Frauen verdienen deutlich mehr als assimilierte Frauen und separierte Männer verdienen weniger als marginalisierte. Marginalisierte Frauen stellen sich genau so gut wie assimilierte. Integration wird also bei Frauen im Vergleich zur Assimila-

tion monetär belohnt, während sie den Männern nicht schadet.

Die spanischen Zuwanderer haben mit 69 Prozent die höchste Erwerbsbeteiligung und die türkischen mit 48 Prozent die geringste. Beide Gruppen haben die niedrigsten Einkommen, während Griechen die höchsten aufweisen. In den Regimen Integration und Assimilation ist die Erwerbsbeteiligung bei allen ethnischen Gruppen hoch und bei Separierung und Marginalisierung niedrig. Unter Integration ist die Beteiligung nur bei den ehemaligen Jugoslawen und bei den Spaniern deutlich höher als unter Assimilation. Separierte ethnische Gruppen sind besser beteiligt als die entsprechenden Ethnizitäten unter Marginalisierung; nur bei Türken und Griechen ist es umgekehrt. Separierung führt bei allen ethnischen Gruppen zu einem geringeren Einkommen als unter Marginalisierung. Assimilation ist, ökonomisch gesehen, immer besser als Marginalisierung, aber nur bei Italienern, Griechen und Türken besser als bei Integration.

Nichtreligiöse Migranten verdienen am besten; Katholiken ähnlich wie die Muslime am schlechtesten. Marginalisierung ist unter den religiösen Migrantengruppen günstiger als Separierung. Ein deutlicher Unterschied lässt sich jedoch nur bei den Muslimen, sonstigen Religionen und insbesondere den Nichtreligiösen feststellen. Katholiken, sonstige Christen und Muslime stellen sich unter Assimilation besser als unter Marginalisierung, bei den sonstigen Religionen und den Nichtreligiösen ist es umgekehrt. Integration zahlt sich nur bei den Nichtreligiösen aus, im Vergleich zur Assimilation schadet sie aber auch keiner anderen Gruppen. Integrierte Nichtreligiöse stellen sich interessanterweise fast genau so gut wie marginalisierte.

Ethnische Identität beeinflusst Arbeitsmarkterfolg

Das Ausmaß des Arbeitsmarkterfolgs hängt dem Analyseansatz des DIW Berlin zufolge stark vom Umfang des kulturspezifischen Humankapitals und der ethnischen Identität eines Zuwanderers ab.⁴ Assimilierte Immigranten haben besonders gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings konkurrieren sie direkt mit den Einheimischen und verfügen nicht mehr über ein kulturspezi-

⁴ Vgl. Constant, A. F., Gataullina, L., Zimmermann, K. F., a. a. O.; Constant, A. F., Zimmermann, K. F.: Measuring Ethnic Identity and Its Impact on Economic Behavior. Journal of the European Economic Association, 6 (2008), 424–433; Constant, A. F., Roberts, R., Zimmermann K. F.: Ethnic Identity and Immigrant Homeownership. Erscheint 2008 in Urban Studies, Vol. 46, No. 11; Zimmermann, K. F.: Migrant Ethnic Identity: Concept and Policy Implications. Erscheint 2008 in Ekonomia.

Tabelle 5

Durchschnittsverdienste nach ethnischer Identität und Nationalität, Religion und Geschlecht

In Euro monatlich

	Integration	Assimilation	Separierung	Marginalisierung	Insgesamt
Insgesamt	2 092	2 095	1 921	2 014	2 027
Frauen	1 447	1 347	1 231	1 373	1 351
Männer	2 518	2 539	2 327	2 421	2 454
Nationalität					
Türken	2 051	2 162	1 887	1 931	1 991
Ehemalige Jugoslawen	1 951	1 948	1 874	1 966	1 968
Griechen	2 254	2 409	2 056	2 361	2 213
Italiener	2 142	2 229	1 874	1 914	2 037
Spanier	2 038	2 013	1 865	1 900	1 980
Andere	2 175	1 967	2 056	2 120	2 054
Religion					
Katholiken	1 942	2 046	1 811	1 871	1 941
Sonstige Christen	2 131	2 119	2 066	2 067	2 083
Muslime	2 047	2 060	1 891	1 935	1 970
Sonstige Religionen	2 150	2 120	1 962	2 163	2 100
Nichtreligiöse	2 425	2 245	2 094	2 433	2 284

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Tabelle 6

Erwerbsbeteiligung nach ethnischer Identität und Nationalität, Religion und Geschlecht

In Prozent

	Integration	Assimilation	Separierung	Marginalisierung	Insgesamt
Insgesamt	64,8	63,4	48,2	47,5	55,3
Frauen	54,4	50,5	35,6	36,0	43,1
Männer	74,1	74,6	60,9	59,7	67,1
Nationalität					
Türken	62,6	64,0	38,1	41,5	47,8
Ehemalige Jugoslawen	66,4	57,8	53,2	48,7	56,6
Griechen	73,1	74,0	48,8	52,8	59,5
Italiener	66,1	66,5	58,9	46,7	60,1
Spanier	75,0	70,9	67,8	60,0	69,4
Andere	60,9	61,1	58,2	55,3	59,5
Religion					
Katholiken	65,8	65,8	59,4	49,6	61,0
Sonstige Christen	71,2	67,7	55,8	54,8	62,1
Muslime	61,6	60,6	38,3	40,5	46,9
Sonstige Religionen	63,4	56,0	48,8	53,2	55,6
Nichtreligiöse	60,8	57,5	50,3	54,2	55,9

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

fisches Humankapital, das sie als Zusatzqualifikation einbringen könnten. Demgegenüber können integrierte Zuwanderer als unvollkommene Substitute oder als Komplemente zu den einheimischen Arbeitskräften agieren. Gleichzeitig haben sie Zugang zu „ethnischen“ Märkten und somit bessere Chancen, als wenn sie assimiliert wären. Separierte Immigranten sind begrenzt auf ethnische Enklaven mit einer geringen Chance, in das Aufnahmeland integriert zu werden und dort zu Erfolg zu kommen. Sie tragen in manchen

Fällen auch dazu bei, dass die negativen Vorurteile gegenüber ethnischen Enklaven erhalten bleiben. Deswegen hängt der Erfolg eines Immigranten stark vom Status seiner individuellen ethnischen Identität ab.

Dies verdeutlichen auch Simulationsrechnungen auf Grundlage des SOEP. Sie zeigen klare Variationen der Beschäftigungswahrscheinlichkeit, des Verdienstniveaus sowie der Wahrscheinlichkeit von Immobilienbesitz je nach ethnischer Identität. Den Daten und Berechnungen zufolge sind in Deutschland Integration oder Assimilation Voraussetzung für dauerhaften Arbeitsmarkterfolg und ökonomisches Wohlergehen. Mit dem gemessenen Grad der Integration oder Assimilation steigen sowohl die Arbeitswahrscheinlichkeit und die monatlichen Löhne als auch die Eigenheimbesitzerrate, während starke Separation oder Marginalisierung einen gegenteiligen Effekt hervorrufen. Auch das Geschlecht des Immigranten hat hier einen Einfluss. So profitieren männliche Immigranten sowohl von Assimilation als auch von Integration, während Frauen nur dann anhaltend erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt sind, wenn sie gut integriert sind. Weibliche Immigranten scheinen stärker vom Festhalten an ihrer Ursprungskultur in Verbindung mit dem Erwerb des kulturspezifischen Humankapitals des Aufnahmelandes zu profitieren. Weitere ökonomische Analysen zur Korrelation von ethnischer Identität und wirtschaftlichem Erfolg von Immigranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt konnten einen kausalen Zusammenhang herstellen: Die jeweilige Ausprägung der ethnischen Identität bestimmt den Grad des Arbeitsmarkterfolgs, und nicht umgekehrt. Ökonomisch erfolgreiche Immigranten verändern ihre ethnische Identität nicht aufgrund dieses Erfolgs; ebensowenig veranlasst ausbleibender wirtschaftlicher Erfolg zu einer Modifizierung ethnischer Identität.

JEL Classification:
F22, J15, Z10

Keywords:
Ethnicity,
Ethnic identity,
Acculturation,
Cultural economics

Fazit

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass eine vorausschauende Zuwanderungs- und Integrationspolitik gut daran tut, die Wirkungsfaktoren von ethnischer Identität ins Kalkül zu ziehen. So ist das Ideal einer vollständigen Assimilation von Immigranten auf dem Arbeitsmarkt nicht unbedingt ein Vorteil, während es zugleich Separation und Marginalisierung zu verhindern gilt. Wünschenswert sind Strategien, die gleichberechtigte Integration und ethnische Vielfalt in der Gesellschaft begrüßen und dadurch Kreativität und Dynamik fördern, ohne Separation zu begünstigen.

Dem gilt es proaktiv schon vor der Einreise von Zuwanderern Rechnung zu tragen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele Eigenschaften, die für die ethnische Identität bestimmend sind, im Wesentlichen schon vor der Migration vorhanden sind. So dürfte es unter den hier diskutierten Gesichtspunkten beispielsweise sinnvoller sein, junge Menschen anzuwerben, die in Deutschland ihre (akademische) Ausbildung absolvieren, als auf das schon im Herkunftsland erworbene Ausbildungsniveau zu achten. Denn Letzteres bietet per se noch keine Garantie für eine erfolgreiche Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

Bei der überfälligen Erarbeitung entsprechender Zuwanderungskriterien im Rahmen eines Auswahl- und Quotensystems sollte mithin die Integrationsprognose von vornherein einbezogen werden. Je größer die Wahrscheinlichkeit von Integration oder Assimilation, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, ein höheres Einkommen zu erzielen und zur gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt beizutragen. Eine künftig stärker ökonomisch auszurichtende Zuwanderungspolitik darf diesen Zusammenhang nicht außer Acht lassen.

Deutsche allein zu Haus: Der Wandel der Lebensformen prägt die Haushaltsentwicklung

Veränderte Lebensformen haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Zahl der Haushalte trotz des leichten Rückgangs der Bevölkerung noch gestiegen ist. Der Trend zu kleineren Haushalten wird sich fortsetzen. Zum einen wird die Zahl der Familienhaushalte angesichts des drastischen Rückgangs der Zahl der Kinder stark abnehmen. Zum anderen ist damit zu rechnen, dass die Scheidungs- und Trennungshäufigkeiten weiter leicht steigen und somit auch im mittleren Alter die Anteile von Singlehaushalten und Alleinziehenden weiter zunehmen werden.

Als Folge der zu erwartenden Verhaltensänderung wird die Zahl der Haushalte am Hauptwohnsitz von 38,2 Millionen bis 2025 auf 40,2 Millionen zunehmen. Anschließend dominiert jedoch der demographische Effekt und die Haushaltszahl fällt auf 39 Millionen im Jahr 2050. Diese Entwicklung geht mit einer merklichen Strukturveränderung einher: Für Familienhaushalte wird bis 2025 ein Rückgang um ein Fünftel erwartet. Dagegen dürfte die Zahl der Haushalte mit einer Bezugsperson im Alter von 75 und mehr Jahren bis 2025 um die Hälfte steigen und sich bis 2050 mehr als verdoppeln. Die Entwicklung der Haushalte zieht Anpassungsbedarf in vielen gesellschaftlichen Bereichen nach sich. Insbesondere die starke Zunahme der Zahl der Haushalte Hochbetagter stellt den Bereich der Wohnungswirtschaft und das Gesundheitswesen vor neue Herausforderungen.

Obwohl die Bevölkerung in Deutschland in den letzten Jahren leicht rückläufig war, nahm die Zahl der Haushalte¹ zu; von 2000 bis 2006 stieg sie um 1,6 Millionen. Zuwächsen bei Ein-Personen-Haushalten um 1,7 Millionen und bei Zwei-Personen-Haushalten um 0,7 Millionen steht ein Rückgang der Zahl von Haushalten mit drei und mehr Personen gegenüber. Die Strukturverschiebung zu kleineren Haushalten schlägt sich entsprechend in der durchschnittlichen Haushaltsgröße nieder: Sie fiel von 2,16 Personen je Haushalt im Jahr 2000 auf 2,07 Personen 2007.

Erika Schulz
eschulz@diw.de

Heiraten hat für die Haushaltsgründung an Bedeutung verloren

Die Zahl und die Zusammensetzung der privaten Haushalte sind wichtige Faktoren für die Nachfrage nach Gütern und Diensten. Von besonderem Gewicht ist dies auf dem Wohnungsmarkt, aber auch bei Verkehrsdienstleistungen sowie bei langlebigen Gebrauchsgütern. Der Wandel der Lebensformen hat die Haushaltsstruktur in der Vergangenheit wesentlich beeinflusst. Er war durch folgende Trends gekennzeichnet:

- Die zeitliche Verlagerung des Auszugs aus dem Elternhaus führte zu einer Zunahme der Paarhaushalte mit bereits erwachsenen Kindern.
- Der steigende Anteil junger Personen, die nach dem Auszug aus dem Elternhaus zunächst allein wohnen, führte zu einer merklichen Zunahme der Singlehaushalte im jungen Erwachsenenalter. Das Allein-Wohnen wird oftmals auch dann bevorzugt, wenn bereits eine Partnerbeziehung besteht. Heirat hat als Grund, aus dem Elternhaus auszuziehen, drastisch an Bedeutung verloren.

¹ Haushalte am Haupt- und Zweitwohnsitz.

Kasten

Vergleich mit anderen Vorausschätzungen

Das Statistische Bundesamt hat aufbauend auf den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung eine Vorausberechnung der Entwicklung der Zahl der Haushalte für die Variante 1-W1 (Untergrenze mittlere Variante) bis 2025 durchgeführt.¹ In der Trendvariante wird – wie bei der Berechnung des DIW Berlin – von

weiteren Veränderungen im Haushaltsbildungsverhalten ausgegangen.² Das Statistische Bundesamt differenziert die Haushalte nach der Zahl der im Haushalt lebenden Personen und bezieht die Zweitwohnsitze ein. Die Zahl der Haushalte steigt hiernach bis 2021 von 39,6 Millionen auf 40,6 Millionen und sinkt anschließend bis 2025 leicht auf 40,5 Millionen (Tabelle). Der Anteil der Ein-Personen-Haushalte steigt von 38,5 Prozent auf 41,2 Prozent und der Anteil der Zwei-Personen-Haushalte von 33,7 Prozent

¹ In dieser Variante wird von einer konstanten Geburtenziffer von 1,4, einem jährlichen Wanderungssaldo von 100 000 Personen und einer moderaten Zunahme der Lebenserwartung ausgegangen. Vgl. Eisenmenger, M., Pöttsch, O., Sommer, B.: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006.

² Statistisches Bundesamt: Entwicklung der Privathaushalte bis 2025. Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2007. Wiesbaden.

Vergleich der Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes und des DIW Berlin

Anteile in Prozent

	Haushalte mit ...					Haushalte insgesamt
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 und mehr Personen	
Statistisches Bundesamt						
Haushalte in 1 000						
2007	15 261	13 355	5 373	4 118	1 485	39 592
2025	16 698	15 018	4 400	3 303	1 067	40 486
Anteile						
2007	38,5	33,7	13,6	10,4	3,8	100,0
2025	41,2	37,1	10,9	8,2	2,6	100,0
Altersstruktur der Personen in Privathaushalten 2007						
unter 20 Jahre	0,9	4,0	24,8	41,0	51,4	19,4
20–39 Jahre	31,9	18,9	30,5	26,7	22,4	25,5
40–59 Jahre	26,3	31,2	36,5	30,3	23,8	30,4
60 Jahre und älter	40,9	45,8	8,2	2,0	2,4	24,6
Altersstruktur der Personen in Privathaushalten 2025						
unter 20 Jahre	0,5	3,5	26,1	42,1	52,3	16,7
20–39 Jahre	29,3	16,3	28,8	25,1	22,3	23,0
40–59 Jahre	25,0	23,4	35,5	30,8	23,9	27,0
60 Jahre und älter	45,2	56,8	9,6	2,0	1,5	33,2
DIW Berlin						
Haushalte am Hauptwohnsitz in 1 000						
2003	13 852	13 019	5 419	4 257	1 609	38 156
2025	16 242	14 464	4 584	3 440	1 443	40 174
Anteile						
2003	36,3	34,1	14,2	11,2	4,2	100,0
2025	40,4	36,0	11,4	8,6	3,6	100,0
Altersstruktur der Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz 2003						
unter 20 Jahre	0,8	4,0	24,9	41,8	52,8	20,6
20–34 Jahre	22,9	13,7	22,5	17,5	14,0	17,8
35–59 Jahre	31,0	35,0	43,3	38,5	30,4	36,2
60 Jahre und älter	45,3	47,3	9,3	2,2	2,8	25,3
Altersstruktur der Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz 2025						
unter 20 Jahre	0,5	2,9	22,6	39,7	49,2	16,3
20–34 Jahre	20,8	11,3	20,6	18,0	15,3	16,3
35–59 Jahre	29,3	30,3	42,9	38,9	31,1	33,8
60 Jahre und älter	49,4	55,6	13,9	3,5	4,5	33,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

auf 37,1 Prozent. Dagegen werden die Drei- und mehr-Personen-Haushalte sowohl zahlenmäßig als auch anteilmäßig zurückgehen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt von 2,08 (2007) auf 1,95 im Jahr 2025.

Trotz der Unterschiede in den Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung und des Einbezugs der Zweitwohnsitze ist sowohl die zeitliche Entwicklung als auch die Strukturveränderung mit den Ergebnissen des DIW Berlin kompatibel. Nach den Ergebnissen des DIW Berlin steigt die Zahl der Haushalte noch bis 2025 und geht dann zurück. Der Unterschied zu den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes ist auf die unterstellten höheren Zuwanderungen zurückzuführen, die den Rückgang zeitlich hinaus-

schieben. Der Anteil der Ein-Personen-Haushalte steigt nach den Ergebnissen des DIW Berlin von 36,3 Prozent auf 40,4 Prozent im Jahr 2025 und derjenige der Zwei-Personen-Haushalte von 34,1 Prozent auf 36 Prozent. Der Anteil der größeren Haushalte geht auch hier zurück. Obwohl die berechnete Entwicklung ähnlich der des Statistischen Bundesamtes ist, bestehen Unterschiede in der Einschätzung der Entwicklung der Haushalte mit fünf und mehr Personen. Nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes wäre hier ein deutlich höherer Rückgang in den Anteilen zu erwarten. Da jedoch diese Haushalte insgesamt lediglich einen geringen Teil der Gesamthaushalte stellen, ist diese unterschiedliche Einschätzung quantitativ nicht sehr bedeutend.

- Weiterhin zunehmende Scheidungs- beziehungsweise Trennungshäufigkeiten führten zu mehr Ein-Personen-Haushalten und Alleinerziehenden im mittleren Alter. Zudem ist die Zahl der sogenannten Patchwork-Familien gestiegen, also Wiederheirat oder neue Lebensgemeinschaft nach Trennung, oftmals mit Kindern von beiden Seiten.
- Steigende Lebenserwartung und der Rückgang von Mehr-Generationen-Haushalten führten zu einer Zunahme der Alleinlebenden im höheren Lebensalter.

Neue Betrachtungsweise: Haushaltstypen nach Lebensformen

Üblicherweise wird die Entwicklung der Haushalte nach dem Familienstand oder der Zahl der im Haushalt lebenden Personen betrachtet. Durch die Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften hat der Familienstand als Differenzierungsmerkmal jedoch wesentlich an Bedeutung verloren. Um dem Wandel der Lebensformen Rechnung zu tragen, wird hier nach Haushaltstypen, verknüpft mit der Haushaltsgröße, differenziert. Auf der Basis der „scientific-use-files“ des Mikrozensus der Jahre 1993, 1998 und 2003 werden die Veränderungen im Zeitverlauf analysiert. Es werden folgende 13 Haushaltstypen unterschieden (Tabelle 1):

- Alleinlebende,
- Alleinerziehende mit 1, 2, 3 sowie mit 4 und mehr Kindern,
- Paarhaushalte ohne Kinder (mit und ohne Trauschein),
- Paarhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt (mit 1, 2 sowie 3 und mehr Kindern),
- Übrige Haushalte, vornehmlich mit bereits erwachsenen Kindern.

Des Weiteren wird zwischen folgenden Altersgruppen der Haushaltsbezugsperson² differenziert:

- Junge Haushalte mit einer Bezugsperson unter 35 Jahren,
- Haushalte mit einer Bezugsperson im mittleren Alter von 35 bis 49 Jahren,
- Haushalte mit einer Bezugsperson im fortgeschrittenen Erwerbsalter von 50 bis 59 Jahren,
- Haushalte von „jungen Alten“ mit einer Bezugsperson im Alter von 60 bis 74 Jahren,
- Haushalte mit einer älteren Bezugsperson im Alter von 75 und mehr Jahren.

Im Jahr 2003 gab es nach dem Mikrozensus insgesamt 38,9 Millionen Haushalte, davon 14,4 Millionen Singlehaushalte und 7,4 Millionen Familienhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren. In diesen Angaben sind die Zweitwohnsitze enthalten, die zumeist aufgrund eines weit

² Im Mikrozensus galt bis 2004 derjenige als Haushaltsbezugsperson, der sich als erste Person in den Haushaltsfragebogen eingetragen hatte. Dabei war die Reihenfolge festgelegt: zuerst die Partner, dann die Kinder, dann die übrigen Verwandten und zum Schluss die übrigen nicht verwandten Personen. Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3: Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2004, Wiesbaden 2005.

Tabelle 1

Zusammenfassung der Haushaltstypen nach Lebensformen

Lebensform	Haushalte mit				
	1	2	3	4	5 und mehr
	Personen im Haushalt				
Alleinlebende	X				
Alleinerziehende ¹		X	X	X	X
Paare ohne Kinder		X			
Paare mit Kindern ¹			X	X	X
Übrige Haushalte		X	X	X	X

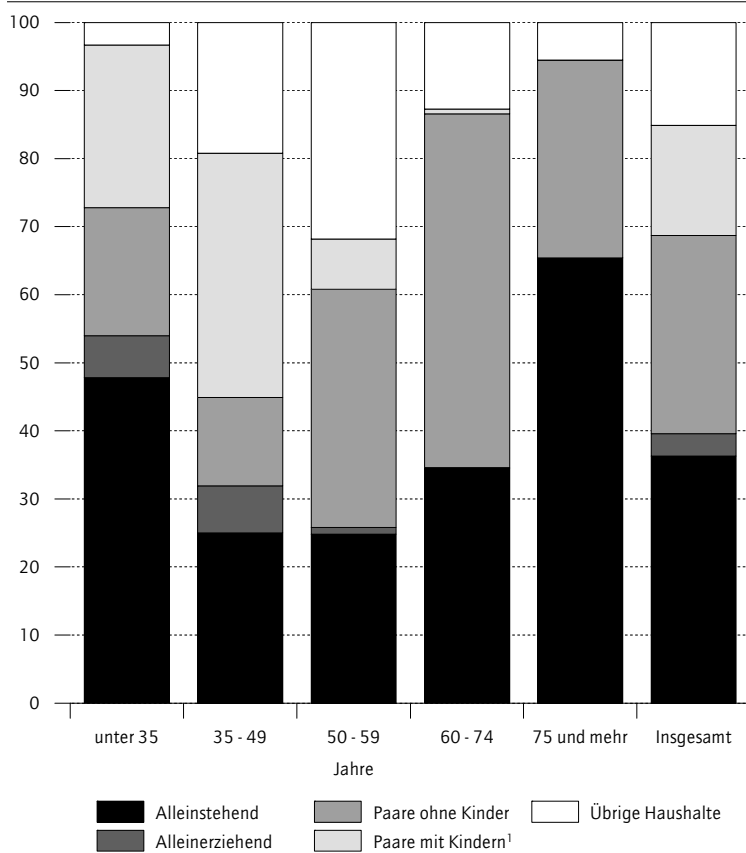
¹ Mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt.

Quelle: Darstellung des DIW Berlin.

Abbildung 1

Haushaltstypen nach Altersgruppen 2003

In Prozent



¹ Kinder unter 18 Jahren.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

von der Hauptwohnung entfernten Arbeits- oder Ausbildungsplatzes notwendig sind. Betrachtet man allein die Haushalte am Hauptwohnsitz, fällt die Gesamtzahl um rund 800 000 niedriger aus, und die Zahl der Singlehaushalte verringert sich um 580 000.

Starke Veränderung der Haushaltsstruktur zwischen 1993 und 2003

Die Bedeutung der einzelnen Haushaltstypen ist je nach Lebensphase sehr unterschiedlich. So dominieren bei den jungen Haushalten sowie bei den Haushalten der 75-Jährigen und Älteren die Alleinlebenden. Bei Haushalten mit 35- bis 49-jährigen Bezugspersonen dominieren die Paare mit Kindern; hier ist auch der Anteil der Alleinerziehenden – vor allem bei den Frauen – am höchsten. Die übrigen Haushalte, zumeist Paare mit bereits erwachsenen Kindern, bilden die größte Gruppe bei den Haushalten der 50- bis 59-Jährigen, und bei den Haushalten der 60- bis

74-Jährigen herrschen die Paare ohne Kinder im Haushalt vor (Abbildung 1).

Zwischen 1993 und 2003 hat sich die Haushaltsstruktur deutlich verändert. Zugenommen haben vor allem die Singlehaushalte (um 2,1 Millionen oder 17 Prozent) und die Paarhaushalte ohne Kinder (um 1,5 Millionen oder 16 Prozent). Dagegen hat sich die Zahl der Paare mit Kindern um elf Prozent verringert (Tabelle 2). Bei den jungen Haushalten mit einer Bezugsperson unter 35 Jahren war der Rückgang der Familienhaushalte mit rund 40 Prozent besonders ausgeprägt. Dabei hat teilweise eine „Verschiebung“ auf die nächste Altersgruppe stattgefunden, unter anderem durch die Zunahme des Durchschnittsalters der Mütter bei der Erstgeburt, insbesondere in Ostdeutschland. Vermehrte Scheidungen und Trennungen haben in dieser Zeit wohl dazu beigetragen, dass die Zahl der Alleinlebenden sowie der Alleinerziehenden in der Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen stark – um 69 beziehungsweise 75 Prozent – gestiegen ist.

Demographie und Verhalten forcieren den Trend zu kleineren Haushalten

Die künftige Entwicklung von Zahl und Struktur der Haushalte wird im Wesentlichen durch demographische Tendenzen geprägt. Hinzu kommen Veränderungen in der Haushaltsbildung.

Das DIW Berlin hat im Jahr 2007 eine Aktualisierung der Bevölkerungsvorausschätzung veröffentlicht.³ Von den dort vorgestellten Varianten wird hier die Variante 2b herangezogen.⁴ Die Bevölkerung in Privathaushalten ergibt sich, wenn Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, von der Wohnbevölkerung abgezogen werden.⁵

³ Schulz, E., Hannemann, A.: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis 2050: Nur leichter Rückgang der Einwohnerzahl? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 47/2007.

⁴ In dieser Variante wird von einer annähernd konstanten Geburtenhäufigkeit, einer Nettozuwanderung von jährlich 200 000 Personen und einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung für Männer auf 85,9 Jahre und für Frauen auf 88,7 Jahre im Jahr 2050 ausgegangen.

⁵ Die Personen in Gemeinschaftsunterkünften leben zum größten Teil in Heimen (Altenheime, Pflegeheime, Heime für Behinderte) sowie in Anstalten (zum Beispiel Strafvollzugsanstalten). Im Jahr 2003 lebte rund ein Prozent der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften. Ihr Anteil steigt ab dem Alter von 75 Jahren deutlich. Für die Vorausschätzung werden die altersspezifischen Anteile konstant gehalten. Üblicherweise werden die Personen, die neben der Hauptwohnung einen Zweitwohnsitz besitzen, doppelt aufgeführt. Im Jahr 2003 betrug der Anteil der Personen mit Zweitwohnsitz an der Wohnbevölkerung rund 1,4 Prozent. Diese zumeist arbeitsplatz- oder ausbildungsplatzbedingten Zweitwohnsitze werden jedoch von Personen genutzt, die am Hauptwohnsitz vielleicht mit Partner und Kindern eine Lebensgemeinschaft bilden und auch zusammen konsumieren. Da hier auf die Entwicklung der Lebensformen (Haushaltstypen) abgestellt wird, ist die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz die Bezugsgröße (also ohne Zweitwohnsitze).

Tabelle 2

Haushalte nach Haushaltstypen und Altersgruppen in Deutschland¹ 1993 und 2003

In 1 000

Alter der Bezugsperson	Alleinlebende	Alleinerziehende ²	Paare		Übrige Haushalte	Insgesamt
			ohne Kinder	mit Kindern ²		
1993						
0–34 Jahre	3 489	469	1 521	2 763	181	8 423
35–49 Jahre	1 730	440	1 214	3 722	2 007	9 113
50–59 Jahre	1 451	41	2 540	442	2 549	7 023
60–74 Jahre	3 025	9	3 454	48	1 257	7 793
75 Jahre und älter	2 682	1	948	2	226	3 859
Insgesamt	12 377	960	9 677	6 977	6 220	36 211
2003						
0–34 Jahre	3 620	441	1 315	1 638	235	7 250
35–49 Jahre	2 921	771	1 475	4 044	2 181	11 393
50–59 Jahre	1 545	61	2 123	449	1 919	6 098
60–74 Jahre	3 298	9	4 940	71	1 213	9 530
75 Jahre und älter	3 044	1	1 371	2	256	4 674
Insgesamt	14 428	1 282	11 225	6 206	5 804	38 945
Veränderung 2003 gegenüber 1993						
0–34 Jahre	131	–28	–206	–1 125	55	–1 173
35–49 Jahre	1 191	331	261	322	174	2 280
50–59 Jahre	94	20	–416	8	–630	–925
60–74 Jahre	273	0	1 485	23	–44	1 737
75 Jahre und älter	362	0	423	0	30	815
Insgesamt	2 051	322	1 547	–771	–416	2 734
Veränderung 2003 gegenüber 1993 in Prozent						
0–34 Jahre	3,8	–6,0	–13,5	–40,7	30,2	–13,9
35–49 Jahre	68,8	75,3	21,5	8,7	8,7	25,0
50–59 Jahre	6,5	47,7	–16,4	1,8	–24,7	–13,2
60–74 Jahre	9,0	–1,4	43,0	48,1	–3,5	22,3
75 Jahre und älter	13,5	–39,1	44,6	17,6	13,4	21,1
Insgesamt	16,6	33,6	16,0	–11,1	–6,7	7,6

¹ Haushalte am Haupt- und Zweitwohnsitz.² Kinder unter 18 Jahren.

Quellen: Scientific-Use-File des Mikrozensus 1993 und 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Unter diesen Annahmen wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Privathaushalten bis 2025 um 3,1 Millionen und bis 2050 um weitere zwei Millionen zurückgehen (Abbildung 2). Die Verringerung der Kinderzahlen prägt die Entwicklung der Familienhaushalte, also die Zahl der Paare mit Kindern unter 18 Jahren und der Alleinerziehenden.

Die zunehmende Lebenserwartung führt dazu, dass die Zahl der Hochbetagten – insbesondere unter den Männern – steigt und damit mehr Paare zusammen alt werden. Verstärkt wird die Entwicklung bei den Älteren durch die geburtenstarken Jahrgänge von Anfang der 60er Jahre. Die Baby-Boom-Generation wird bis 2030 in das Rentenalter eingetreten sein und im Jahr 2050 die Gruppe der Hochbetagten dominieren. Insgesamt steigt die Zahl der 60- bis 74-Jährigen von 13,9 Millionen (2003) auf 17,1 Millionen (2025) und geht anschließend auf 14,8 Millionen (2050) zurück. Die Zahl der ab 75-Jährigen steigt dagegen kontinuierlich von 6,1 Millionen

(2003) auf 9,7 Millionen (2025) und 14,5 Millionen (2050).

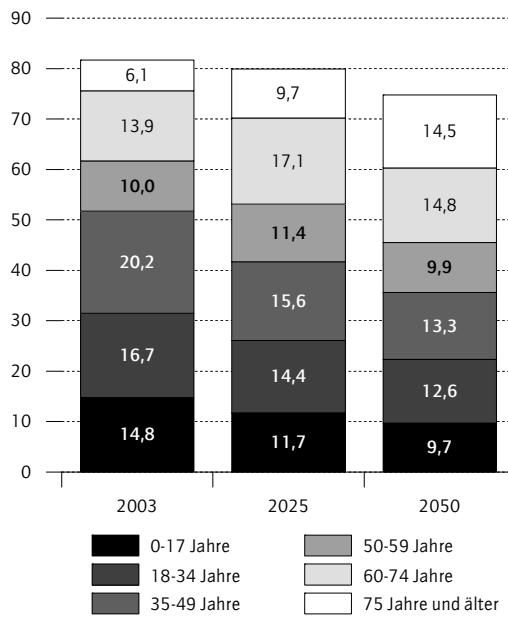
Niedrige Geburtenraten führen trotz angenommener durchschnittlicher Zuwanderung von 200 000 Personen pro Jahr und unterstellter weiterer Erhöhung der Lebenserwartung zu einer Verringerung der Einwohnerzahl. Die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz wird bis 2025 auf 79,9 Millionen und bis 2050 auf 74,9 Millionen sinken, und der Anteil der Älteren wird stetig zunehmen.

2003 lebte fast ein Drittel der Bevölkerung in Haushalten von Alleinerziehenden oder von Paaren mit Kindern unter 18 Jahren. 24 Prozent lebten in den übrigen Haushalten, die zumeist aus Paaren mit ihren bereits erwachsenen Kindern bestanden. Bis 2050 wird sich die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Haushaltstypen merklich verändern. Lediglich 23 Prozent werden in Haushalten von Alleinerziehenden und Paarhaushalten mit Kindern leben, weitere 22 Prozent in übrigen Haushalten.

Abbildung 2

Bevölkerung am Hauptwohnsitz nach Altersgruppen

In Millionen



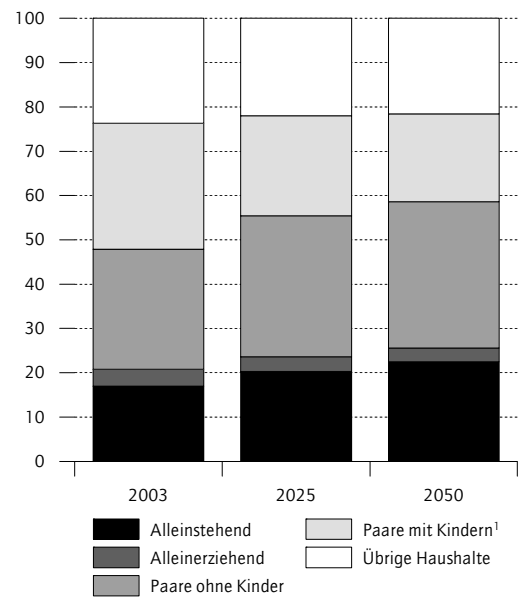
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 3

Bevölkerung am Hauptwohnsitz nach Haushaltstypen

In Prozent



¹ Kinder unter 18 Jahren.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

ten. Auch innerhalb der übrigen Haushalte wird sich der Anteil der Paare mit bereits erwachsenen Kindern verringern. Der Rückgang der Kinderzahlen wirkt sich somit auch in der Veränderung der Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Haushaltstypen aus. Zunehmen wird der Anteil der Bevölkerung, der allein oder zusammen mit einem Partner wohnt (Abbildung 3).

Allein aufgrund der demographischen Entwicklung wird es somit zu einer Verschiebung in der Haushaltsstruktur zu kleineren Haushalten kommen. Verstärkt wird dies durch die erwartete weitere Veränderung im Haushaltsbildungsverhalten. So wird davon ausgegangen, dass in den

jungen Jahren der Trend zum Alleinwohnen – wenn auch nur für eine bestimmte Zeit – anhält. Zudem wird mit weiter steigenden Scheidungs- beziehungsweise Trennungshäufigkeiten gerechnet. Deshalb werden sowohl die Anteile der Ein-Personen-Haushalte als auch die der Alleinerziehenden in den Altersgruppen der 35- bis 49-Jährigen sowie der 50- bis 59-Jährigen steigen.

Ergebnisse: Zahl der Haushalte steigt bis 2025 ...

Die demographische Entwicklung zusammen mit den unterstellten Verhaltensänderungen werden

Tabelle 3

Haushalte¹ nach Altersgruppen

In 1 000

	Alter der Bezugsperson					Insgesamt
	0–34 Jahre	35–49 Jahre	50–59 Jahre	60–74 Jahre	75 Jahre und älter	
2003	6860	11 228	6 016	9 411	4 641	38 156
2010	7 136	11 028	6 972	8 837	5 484	39 457
2020	6 871	8 912	7 964	9 284	7 124	40 156
2025	6 362	9 212	6 769	10 488	7 342	40 174
2030	6 089	9 239	5 980	11 035	7 713	40 056
2040	5 738	8 553	6 525	9 317	9 745	39 879
2050	5 575	8 076	6 086	9 094	10 207	39 038

¹ Haushalte am Hauptwohnsitz.

Quellen: Scientific-Use-File des Mikrozensus 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

dazu führen, dass trotz rückläufiger Bevölkerung die Zahl der Haushalte bis 2025 noch bis auf 40,2 Millionen zunimmt (Tabelle 3). Anschließend jedoch überwiegt der demographische Effekt und die Zahl der Haushalte geht bis 2050 auf 39 Millionen zurück. Dabei wird sich die Haushaltsstruktur deutlich verändern und der Trend zu kleineren Haushalten anhalten. Die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt bis 2025 unter zwei und bis 2050 weiter auf 1,92. Im Vorausschätzungszeitraum wird allein die Zahl der Singlehaushalte kontinuierlich zunehmen, von 13,9 Millionen auf 16,8 Millionen, während die Zahl der Paarhaushalte ohne Kinder zunächst bis 2025 zunehmen und dann sinken wird (auf 12,4 Millionen). Die anderen Haushaltstypen werden kontinuierlich an Bedeutung verlieren (Abbildung 4).

... Zahl der Familienhaushalte sinkt bis 2050 um ein Drittel ...

Die Verschiebung in der Haushaltsstruktur wird sich besonders in der Entwicklung der Familienhaushalte bemerkbar machen (Alleinerziehende und Paarhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren) (Abbildung 5). Hier setzt bereits in den nächsten Jahren ein Rückgang ein. Bis 2025 ist mit einer Verringerung um 20 Prozent zu rechnen. Bis 2050 erhöht sich der Verlust auf 34 Prozent. Er ist bei den Paarhaushalten mit Kindern stärker als bei den Alleinerziehenden, bei denen die weiterhin steigende Trennungshäufigkeit dem demographisch bedingten Rückgang der Kinderzahlen entgegen wirkt. Der Anteil der Familienhaushalte (Paare mit Kindern und Alleinerziehende) an den Haushalten insgesamt, der 2003 noch bei knapp einem Fünftel gelegen hatte, wird auf 14,7 Prozent im Jahr 2025 und auf 12,5 Prozent im Jahr 2050 fallen.

Der Rückgang der Familienhaushalte wird bei den jungen Haushalten besonders ausgeprägt sein. Bereits bis 2025 ist für Paarhaushalte mit Kindern mit einer Bezugsperson unter 35 Jahren eine Reduktion um 28 Prozent zu erwarten. In der Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen fällt der Rückgang mit 24 Prozent leicht geringer aus. Dennoch werden die Haushalte der 35- bis 49-Jährigen mit rund 64 Prozent im Jahr 2025 nach wie vor die größte Gruppe unter den Paaren mit Kindern stellen.

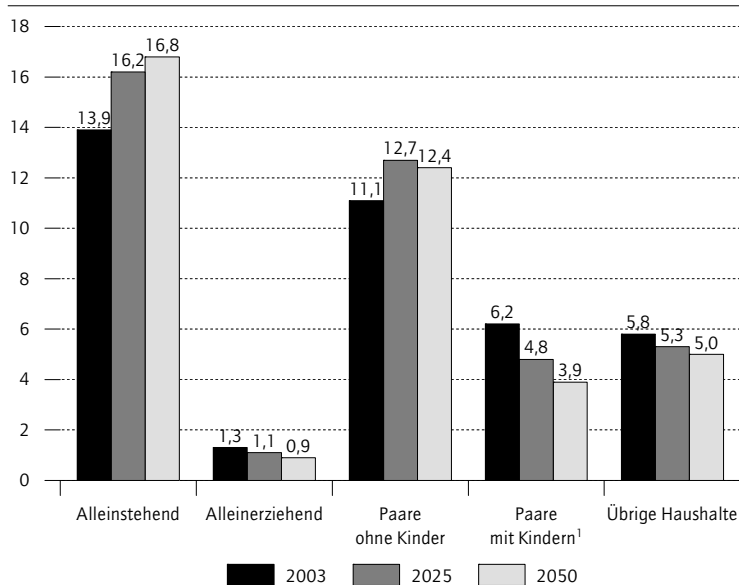
... starker Anstieg der Haushalte Hochbetagter

Im Wesentlichen demographisch bedingt ist die drastische Zunahme bei den Haushalten

Abbildung 4

Haushalte am Hauptwohnsitz nach Haushaltstypen

In Millionen



¹ Kinder unter 18 Jahren.

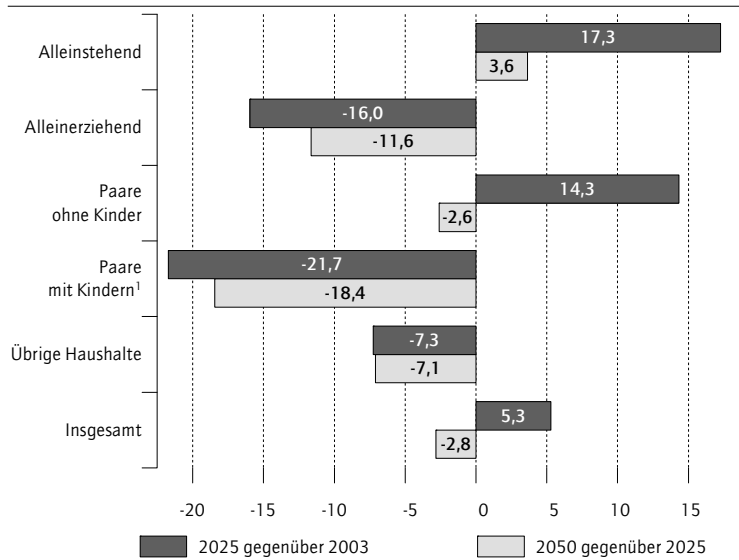
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 5

Haushalte am Hauptwohnsitz nach Haushaltstypen

Veränderungen in Prozent



¹ Kinder unter 18 Jahren.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

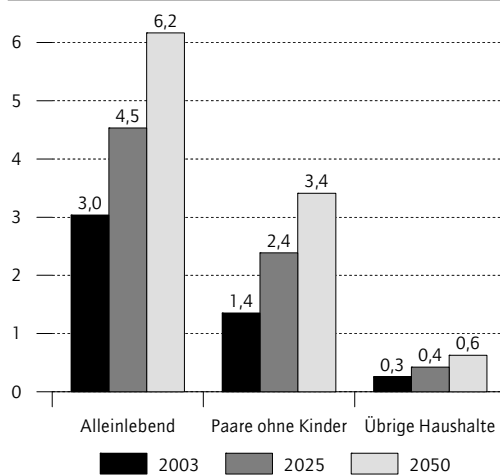
DIW Berlin 2008

Hochbetagter. Die Zahl der Haushalte mit einer Bezugsperson im Alter ab 75 Jahren steigt von 4,6 Millionen 2003 über 7,3 Millionen 2025 auf 10,2 Millionen 2050 (Abbildung 6). Der Anteil dieser Haushalte steigt von zwölf Prozent 2003 über 18 Prozent 2025 auf 26 Prozent 2050 (Ta-

Abbildung 6

Haushalte Hochbetagter¹ nach Haushaltstypen

In Millionen



¹ 75 Jahre und älter.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

belle 4). Damit wird bereits im Jahr 2025 nahezu jeder fünfte Haushalt eine Bezugsperson im Alter von 75 Jahren und mehr haben.

Zwar wird angesichts der steigenden Lebenserwartung der Anteil der Paarhaushalte ohne Kinder unter den Hochbetagten von 29 Prozent (2003) auf 33,4 Prozent im Jahr 2050 steigen, dennoch stellen die Haushalte der Alleinlebenden nach wie vor den größten Anteil. Im Jahr 2025 werden rund 62 Prozent der Hochbetagten einen Singlehaushalt führen, im Jahr 2050 rund 60 Prozent. Die Zahl der Singlehaushalte der Hochbetagten wird in den nächsten 20 Jahren um rund die Hälfte zunehmen und im Jahr 2025 4,5 Millionen betragen – das sind über 11 Prozent aller Haushalte. Bis 2050 setzt sich diese Entwicklung fort. Dann werden rund 3,4 Millionen Hochbetagte mit einem Partner und 6,2 Millionen allein leben. Damit wird rund jeder sechste Haushalt ein Singlehaushalt von Hochbetagten sein.

Anpassungsbedarf vor allem im Wohnbereich

Die merklichen Verschiebungen in der Haushaltsstruktur werden nicht ohne Auswirkungen auf die Konsumgüternachfrage bleiben. Das DIW Berlin hat hierzu zwei Untersuchungen durchgeführt, wobei in der ersten Studie die Verschiebung in der gesamtwirtschaftlichen Konsumstruktur

Tabelle 4

Altersstruktur nach Haushaltstypen¹ 2003, 2025 und 2050

Anteile in Prozent

Alter der Bezugsperson	Alleinlebende	Alleinerziehende ²	Paare		Übrige Haushalte	Insgesamt
			ohne Kinder	mit Kindern ²		
2003						
0 - 34 Jahre	23,7	33,4	11,6	26,5	4,0	18,0
35 - 49 Jahre	20,3	61,3	13,1	65,1	37,5	29,4
50 - 59 Jahre	10,7	4,7	19,0	7,2	33,2	15,8
60 - 74 Jahre	23,4	0,6	44,1	1,1	20,8	24,7
75 Jahre und älter	21,9	0,0	12,2	0,0	4,5	12,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
2025						
0 - 34 Jahre	21,3	28,5	9,4	24,2	4,3	15,8
35 - 49 Jahre	17,2	67,3	9,5	63,5	26,7	22,9
50 - 59 Jahre	12,2	3,4	18,6	10,5	35,3	16,8
60 - 74 Jahre	21,4	0,7	43,6	1,7	25,8	26,1
75 Jahre und älter	27,9	0,0	18,8	0,0	7,9	18,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
2050						
0 - 34 Jahre	19,0	22,8	8,6	20,4	6,0	14,3
35 - 49 Jahre	15,1	73,2	8,5	65,6	24,2	20,7
50 - 59 Jahre	11,3	3,2	16,4	12,2	33,1	15,6
60 - 74 Jahre	18,0	0,7	38,8	1,8	24,1	23,3
75 Jahre und älter	36,6	0,0	27,6	0,0	12,6	26,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

¹ Haushalte am Hauptwohnsitz.

² Kinder unter 18 Jahren.

Quellen: Scientific-Use-File des Mikrozensus 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

untersucht und in der zweiten gezielt die Entwicklung für den Bereich Verkehr analysiert wurde.⁶

Die starke Zunahme der Zahl der Haushalte mit einer hochbetagten Bezugsperson wird insbesondere in den Bereichen Wohnen und Innenausstattung sowie Gesundheitspflege zu erhöhter Nachfrage führen. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit stark, dass die Bewohner Einschränkungen bei den Aktivitäten des täglichen Lebens unterliegen. Die Zunahme der Hochbetagten, die trotzdem solange wie möglich zu Hause wohnen bleiben wollen, stellt eine große Herausforderung sowohl für die älteren Eigentümer von Wohnungen und Häusern als auch für die privaten und öffentlichen Vermieter dar.

Anpassungsbedarf ergibt sich vor allem in Bezug auf die Barrierefreiheit sowohl der Wohnung als auch des Wohnumfeldes, die altersgerechte Ausstattung des Bades und der Schlafgelegen-

heit, aber auch in Bezug auf die Geräumigkeit der Räume, insbesondere des Flures und der Küche, damit ältere Personen, die Gehhilfen benötigen, ohne Behinderung alle Räume erreichen können. Nach einer Studie des Bundesverbandes der freien Wohnungsunternehmen ist zurzeit in Deutschland nur ein Prozent der Wohnungen als altersgerecht oder barrierefrei einzustufen.⁷ Der Bundesverband schätzt, dass bis 2020 weitere rund 800 000 Wohnungen an den Bedarf der Älteren angepasst werden müssen. Da in Deutschland über die Hälfte der Älteren selbst Eigentümer ist, entsteht hier entsprechender Beratungsbedarf.⁸ Hinzu kommt, dass für ein Verbleiben Pflegebedürftiger in der eigenen Wohnung oftmals technische Hilfen (angefangen vom Rauchmelder oder einer Notrufmöglichkeit bis hin zu Tele-Care) und weitere persönliche Serviceangebote notwendig sind. Hier sind intelligente Lösungen gefragt, die Wohnservice und Betreuungsleistungen im weiteren Sinne miteinander vereinbaren, so dass für Hochbetagte oder deren Angehörige möglichst nur ein Ansprechpartner notwendig ist.

⁶ Vgl. Buslei, H., Schulz, E.: Wachsende Bedeutung der Haushalte Älterer für die Konsumnachfrage bis 2050. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 23/2007; Buslei, H., Schulz, E., Steiner, V.: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die private Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in Deutschland bis 2050. Politikberatung kompakt 26, DIW Berlin 2007; sowie Institut für Mobilitätsforschung (Hrsg.): Mobilität 2025. Der Einfluss von Einkommen, Mobilitätskosten und Demographie. Berlin 2008, www.ifmo.de.

⁷ BFW-Study: Housing for Senior Citizens, a future Task for the European Developers. Berlin 2007.

⁸ Timm, U.: Wohnsituation in Deutschland 2006. Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzbefragung. Wirtschaft und Statistik, Nr. 2/2008.

JEL Classification:
J11, J12

Keywords:
Estimation of private households,
Living arrangements,
Population forecast

Führende Ökonomen aus Europa und den USA haben ihre Forderungen zur Lösung der Finanzkrise in einem Aufruf an die G7/8-Führer zusammengefaßt, der am 9. 10. 2008 in Washington vorgelegt wurde.

Rescuing our jobs and savings: What G7/8 leaders can do to solve the global credit crisis

Edited by Barry Eichengreen and Richard Baldwin

A VoxEU.org Publication

Available to download at www.voxeu.org/index.php?q=node/2327

Contents

INTRODUCTION

THE G7/8 FINANCE MINISTERS MEETING: AN OPPORTUNITY

REMARKABLE DEGREE OF CONSENSUS: STABILISE THE BANKING SYSTEM

STABILISING THE BANKING SYSTEM: OPTIONS

THE ESSAYS: WHAT G7/8 LEADERS CAN DO TO SOLVE THE GLOBAL CREDIT CRISIS

COORDINATING INTERNATIONAL RESPONSES TO THE CRISIS

Klaus F. Zimmermann

CALMING THE PANIC

Alberto Alesina, Guido Tabellini

HOW TO SAVE THE EUROPEAN BANKING SYSTEM

Daniel Gros

WHAT IS TO BE DONE – AND BY WHOM? FIVE SEPARATE INITIATIVES

Avinash Persaud

WHAT NEXT?

Douglas W. Diamond, Anil K Kashyap, Raghuram G. Rajan

A STRATEGY EMERGES: THE RIGHT POLICIES TO DEAL WITH THE CRISIS

Richard Portes

THE NEED FOR A COMPREHENSIVE AND GLOBAL SOLUTION

Stijn Claessens

THE CONTENT OF COORDINATION

Barry Eichengreen

WHY GOVERNMENT RESPONSES NEED TO BE COMPREHENSIVE AND COORDINATED

Charles Wyplosz

A PROPOSAL TO TACKLE THE CRISIS IN EUROPE

Luigi Guiso, Marco Pagano

GOVERNMENTS SHOULD BUY STRAIGHT PREFERRED STOCK IN THEIR BANKS

Charles Calomiris

AN EFFICIENT RESCUE PLAN

Roger Craine

THE WRONG FINANCIAL CRISIS

J. Bradford DeLong

WHAT EUROPE SHOULD DO IN THE SHADOW OF THE FINANCIAL MELTDOWN

Michael Burda

NO MORE DITHERING

Angel Ubide

Coordinating international responses to the crisis

Klaus F. Zimmermann

9 October 2008

Governments need to adopt a mixed strategy of short-term and long-term measures to handle the crisis. The key is worldwide concerted action, based on similar policies executed by national governments. Some of the measures necessary have already been undertaken – but without the international coordination essential for their effectiveness.

It is obvious that dubious practices in the financial sector have gravely damaged the global financial system, with consequences for the rest of the world economy that are still hard to foresee. The Federal Reserve's excessively low interest rates and the US government's policy overactivism have contributed to an enormous loss of trust. European banks have been part of the problem, including public banks in Germany. Europe's failure to provide early systemic responses has fuelled the fire. The reactions of the markets over the last ten days suggest that attempts to calm the markets and restore trust will not be effective in the short term. Therefore, the authorities need to adopt a mixed strategy of short-term and long-term measures to handle the crisis.

I believe that the key is worldwide concerted action, based on similar policies executed by national governments. In the short run:

- Unsecured interbank lending has to be re-established by guarantees provided by the central banks and substituted by direct supply of liquidity and credits to the business sector by the Fed, the ECB, and others.
- Providing a harmonised level of insurance for bank deposits is also essential.
- Measures to recapitalise the banking system need to be taken – state funds might be one useful means to this end.
- Central bank interest rates have to remain low and should be reduced further in Europe.
- Banks should be allowed to value their assets at their purchase price and not their current market value.

Some of these measures have already been undertaken but without the necessary coordination.

- The nationalisation of banks is a last resort to stop the crisis.

It is also essential to dampen expectations of an oncoming recession, since these have detrimental effects on consumer demand and investment spending. Higher public spending or lower taxes will not help to restore trust at this stage. Any fiscal stimulus needs to be timely, temporary, and targeted at those who are inclined to spend the money provided by the government. This is unlikely in the face of the current fear and distrust in the markets.

The stock markets are and will remain crazy and unpredictable until the architecture of a re-invented financial system comes into view. Regionally decentralised regulatory authorities are needed to supervise the entire financial sector including the hedge funds and the rating agencies. This would create incentives to compete for the best regulatory practice and to recognise systemic risk. It is necessary to refocus regulations on judging the global strategies of financial institutions. The regulatory authorities must also be enabled to supervise all aspects of the market participants' activity including off-balance-sheet positions and the protection of investors. There is a need to abolish shareholder value as an indicator of success for the compensation schemes of managers. It is important to enforce the provision of sufficiently homogenous and transparent assets. New financial products should be examined by the regulatory authorities and tested in a local market before they are accepted for general use.

Friedrich Breyer, Stefan Hupfeld

Fairness of Public Pensions and Old-Age Poverty

In several OECD countries, public pay-as-you-go financed pension systems have undergone major reforms in which future retirement benefit promises have been scaled down. A consequence of these reforms is that especially in countries with a tight tax-benefit linkage, the retirement benefit claims of low-income workers might not even exceed the minimum income guarantee which the government provides the aged. Recently, some German politicians have criticized this likely development because it was unjust that persons who have paid contributions over a long working life end up with no higher benefits than people who have never worked or paid any contributions. However, the government defended the current retirement benefit formula with the argument that every Euro paid as contributions had exactly the same value in generating future retirement benefits. But this logic has been questioned recently, e.g. by Breyer and Hupfeld (2007), since the value of a contributed Euro depends on the life expectancy of the individual, which is positively correlated with annual income. In that earlier paper, we introduced the concept of "distributive neutrality", which takes income-group-specific differences in life expectancy into account. The present paper estimates the relationship between annual earnings and life expectancy of German retirees empirically and shows how the formula that links benefits to contributions would have to be modified to achieve distributive neutrality. We compare the new formula to the benefit formulas in other OECD countries and analyze a data set provided by the German Pension Insurance Office on a large cohort of pensioners to find out how the old-age poverty rate would be affected by the proposed change of the benefit formula. Finally, we discuss other possible effects of a change in the benefit formula, especially on the labour supply of different earnings groups.

Discussion Paper Nr. 817

September 2008

Clemens Haftendorn, Franziska Holz

Analysis of the World Market for Steam Coal Using a Complementarity Model

With its resource availability and the prospect of climate friendly technology, coal continues to play an important role in the global energy sector. We develop a complementarity model of the international market for steam coal. We want to analyze the level of competition in this market which is strategic for the importers' security of energy supply. In a spatial equilibrium framework, we assume the steam coal exporters to maximize their profits by choosing the optimal quantity to sell to each importing country. We compare two possible scenarios: perfect competition and Cournot competition. The results, especially the price levels, indicate that the Cournot model is not realistic, suggesting that the producing countries do not exert market power. However, the trade flows and prices observed in reality suggests that there is some form of market power with price discrimination, possibly following a Bertrand model in a spatial setting.

Discussion Paper Nr. 818

September 2008

Christian Dreger

Does the Nominal Exchange Rate Regime Affect the Real Interest Parity Condition?

The real interest parity (RIP) condition combines two cornerstones in international finance, uncovered interest parity (UIP) and ex ante purchasing power parity (PPP). The extent of deviation from RIP is therefore an indicator of the lack of product and financial market integration. This paper investigates whether the nominal exchange rate regime has an impact on RIP. The analysis is based on 15 annual real interest rates and covers a long time span, 1870-2006. Four subperiods are distinguished and linked to fixed and flexible exchange rate regimes: the Gold Standard, the interwar float, the Bretton Woods system and the current managed float. Panel integration techniques are used to increase the power of the tests. Cross section correlation is embedded via common factor structures. The results suggest that RIP holds as a long run condition irrespectively of the exchange rate regimes. Adjustment towards RIP is affected by the institutional framework and the historical episode. Half lives of shocks tend to be lower under fixed exchange rates and in the first part of the sample, probably due to higher price flexibility before WWII. Although barriers to foreign trade and capital controls were substantially removed after the collapse of the Bretton Woods system, they did not lead to lower half lives during the managed float.

Discussion Paper Nr. 819

September 2008

Barbara Praetorius, Katja Schumacher

Greenhouse Gas Mitigation in a Carbon Constrained World: The Role of Carbon Capture and Storage

In a carbon constrained world, at least four classes of greenhouse gas mitigation options are available: Energy efficiency, fuel switching, introduction of carbon dioxide capture and storage along with renewable generating technologies, and reductions in emissions of non-CO₂ greenhouse gases. The role of energy technologies is considered crucial in climate change mitigation. In particular, carbon capture and storage (CCS) promises to allow for low-emissions fossil-fuel based power generation. The technology is under development; a number of technological, economic, environmental and safety issues remain to be solved. With regard to its sustainability impact, CCS raises a number of questions: On the one hand, CCS may prolong the prevailing coal-to-electricity regime and countervail efforts in other mitigation categories. On the other hand, given the indisputable need to continue using fossil fuels for some time, it may serve as a bridging technology towards a sustainable energy future. In this paper, we discuss the relevant issues for the case of Germany. We provide a survey of the current state of the art of CCS and activities, and perform an energy-environment-economic analysis using a general equilibrium model for Germany. The model analyzes the impact of introducing carbon constraints with respect to the deployment of CCS, to the resulting greenhouse gas emissions, to the energy and technology mix and with respect to interaction of different mitigation efforts. The results show the relative importance of the components in mitigating greenhouse gas emissions in Germany. For example, under the assumption of a CO₂ policy, both energy efficiency and CCS will contribute to climate gas mitigation. A given climate target can be achieved at lower marginal costs when the option of CCS is included. We conclude that, given an appropriate legal and policy framework, CCS, energy efficiency and some other mitigation efforts are complementary measures and should form part of a broad mix of measures required for a successful CO₂ mitigation strategy.

Discussion Paper Nr. 820

September 2008

Marcus Stronzik, Margarethe Rammerstorfer, Anne Neumann

**Theory of Storage –
An Empirical Assessment of the European Natural Gas Market**

We analyze the relation between European natural gas storage facilities and price patterns at major trading points, considering the theory of storage to derive a testable hypothesis imposed by the non-arbitrage condition. To model the efficiency of the natural gas market, we apply two indirect tests absent the scarcity of European inventory data. We find that operators of storage facilities realize seasonal arbitrage profits, and that market performance overall is substantially distinct from the competitive benchmark.

Discussion Paper Nr. 821

September 2008

Anne Neumann

Linking Natural Gas Markets – Is LNG Doing Its Job?

The increase in liquefied natural gas trade has accelerated the integration of previously segmented markets in North America, Europe, and Asia. This paper provides evidence on the integration of the transatlantic natural gas market. We test the theoretical proposition that in integrating markets commodity prices should move closer than before. Using 2,059 pairs of daily spot prices for natural gas in North America and Europe we investigate price dynamics covering the period from 1999 until 2008. We apply the Kalman Filter technique to gain detailed information on trends inherent over time. Results suggest an increasing convergence of spot prices on either side of the Atlantic Basin.

Discussion Paper Nr. 822

September 2008

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/26927.html).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (www.diw.de/english/products/publications/discussion_papers/27539.html).

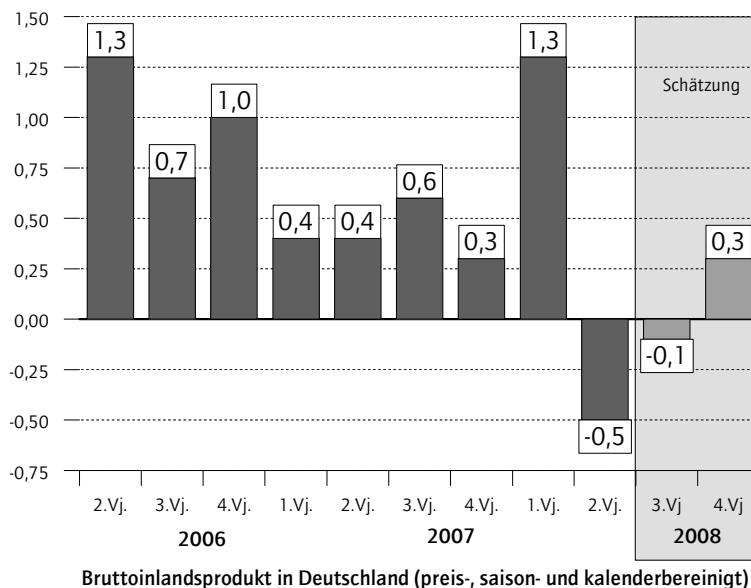
Wachstum im vierten Quartal: Wirtschaft fasst langsam wieder Tritt

Das DIW-Konjunkturbarometer signalisiert für das Jahresende ein leichtes Anziehen der Wirtschaftsleistung. Nach der rückläufigen Entwicklung um die Jahresmitte herum wird im laufenden vierten Quartal ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (bereinigt um Saison- und Kalendereffekte) von 0,3 Prozent erwartet.

Maßgeblich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung trägt bei, dass die zuletzt recht kräftig ausgefallene Kontraktion im Produzierenden Gewerbe gestoppt ist. Nach der deutlichen Abkühlung im Vorquartal ist in den Bereichen außerhalb des Baugewerbes mit einem Zuwachs von 0,1 Prozent zu rechnen. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass die Produktion von den abzuarbeitenden Auftragsbeständen zehrt. Die Erholung bei den Auftrageingängen im August (insbesondere bei den Investitionsgüterproduzenten) ist zwar ein ermunterndes Signal, der zuletzt deutlich abwärts gerichtete Trend ist damit aber noch nicht gebrochen. Die Wirtschaftsleistung im Baugewerbe wird mit 0,3 Prozent etwas stärker zulegen als das übrige Produzierende Gewerbe. Unter den Dienstleistungssektoren deutet sich für den Bereich Handel, Gaststätten und Verkehr mit einem Plus von 0,6 Prozent die dynamischste Entwicklung an. Die übrigen Bereiche legen mit 0,5 Prozent (unternehmensnahe Dienstleistungen) und 0,2 Prozent (öffentliche und private Dienstleistungen) zu.

„Die Realwirtschaft zeigt sich damit insgesamt recht robust gegenüber der derzeitigen Krise im Finanzsektor“, so DIW-Konjunkturexperte Stefan Kooths. Gleichwohl gehen von den andauernden Turbulenzen auf den Finanzmärkten erhebliche Risiken für den weiteren konjunkturellen Verlauf aus. Diese liegen für Deutschland indes weniger in einer Kreditverknappung für den Nichtbankensektor als vielmehr in der Verunsicherung der Konsumenten und Investoren über die weitere Entwicklung hierzulande und in wichtigen Partnerländern. Bislang haben die komfortablen Auftragspolster und die durch die günstige Gewinnentwicklung der letzten Jahre verbesserte Kapitalbasis der Unternehmen deren Widerstandsfähigkeit gekräftigt. „Deutschland ist aber keine „Teflon-Ökonomie“, sondern wie jede moderne Volkswirtschaft auf funktionsfähige Finanzmärkte angewiesen. Die Bereinigung der Vertrauenskrise und die Rückkehr zur Normalität sind daher dringend geboten, um Schaden von der Realwirtschaft abzuwenden“, so Kooths.

Vorquartalswachstum in Prozent



© DIW Berlin 2008

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier.



Konjunkturprognostiker unter Panik

von Klaus F. Zimmermann*

In bunter Folge legen Wirtschaftsforschungsinstitute, Bankenvolkswirte und nationale und internationale Institutionen ihre Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung vor. Gerade hat das DIW Berlin wieder seine Herbstprognose vorgestellt. In diesen Tagen wird eine Gemeinschaftsdiagnose diverser Institute erwartet, der schon bald der Sachverständigenrat mit seinem Jahresgutachten folgt. Verwirrt diese Vielfalt nicht nur? Braucht man diese Masse an öffentlichen Interventionen überhaupt und sind sie nicht gar gefährlich? Aber darf man neue Informationen einfach ignorieren?

Hohe Unsicherheiten erzwingen häufige Revisionen. Kein Wunder, dass das Interesse groß, aber auch die Verärgerung nachhaltig ist, wenn Unterschiede und Revisionshäufigkeiten zunehmen. Aber die Vielfalt liefert wichtige Informationen über die Genauigkeit des Erkenntnisstandes. Denn je größer die Unsicherheit ist, um so verschiedener sind auch die Ansichten der Prognostiker. Prognosen sind immer nur bedingte Wahrscheinlichkeitsaussagen. Genaues wissen nur Kaffeesatzleser und Wahrsagerinnen.

Derzeit ist die Schlüsselfrage, welche Konsequenzen sich aus der Finanzmarktkrise für Konjunktur und Arbeitsmarkt ergeben. Die Wahrheit ist, dass Finanzmärkte in allen Konjunkturmodellen nur unzureichend abgebildet sind. Das reicht, um schon zu normalen Zeiten ratlos zu sein. Um so mehr, wenn ein ganzer Sektor zusammen zu brechen droht. Die Konsequenzen großer Systemänderungen sind allemal unprognostizierbar.

Der Prognostiker ist aber leider auch Partei. So ringt der Internationale Währungsfonds um Einfluss und Existenzberechtigung. Und mit Krisengerede erreicht man immer die größte Medienaufmerksamkeit. Dann erliegen die Prognostiker angesichts der wilden Eruptionen an den Börsen dem süßen Gift der Panik. Die Entwicklung dort ist aber keine Aufgabe für Finanzmarktanalysten mehr, sondern eine für Verhaltensökonomien. Doch die werden erst gar nicht gefragt.

Die Verlangsamung der Konjunktur ist seit langem prognostiziert. Es war klar, dass sich die Strukturkrise der amerikanischen Automobilindustrie auch auf uns auswirken wird. Es ist fragwürdig, für alles jetzt die Finanzkrise zum Sündenbock zu machen. Es ist eben auch wahr, dass alle Anzeichen auf eine positive Beschäftigungsentwicklung bis ins nächste Jahr, auf fallende oder niedrigere Energie- und Lebensmittelpreise, auf einen sinkenden Eurokurs und fallende Zinsen hindeuten. Die Weltrezession ist gar nicht ausgemacht, wenn angemessen reagiert wird.

Aber Panik verkauft sich gut. Und Panik schafft Panik, insbesondere in diesen Zeiten. Hier wird der Prognostiker zum Akteur. Er wird nicht nur endlich gehört. Nein, er kann auch zu dem beitragen, was er prognostiziert.

* Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (ARGE) in Deutschland.